

Steffen Rink, Vorsitzender

Am Hasselhof 13 – 35041 Marburg
Tel.: (06421) 931056 – (01577) 1528335
steffen.rink@web.de

30. Juni 2009

SPD steht zu den Entwicklungspotenzialen der Außenstadtteile Kritik an Planungen zum Windpark auf den Lahnbergen

"Innenstadt und Außenstadtteile gehören zusammen. Deshalb hat die SPD immer darauf geachtet, die Entwicklung der Außenstadtteile voranzubringen." Dies sagte Oberbürgermeister Egon Vaupel auf dem Parteitag der Marburger SPD vom Montag, 29. Juni. "Die Förderung der Vereine, der Gemeinwesenarbeit, die Anbindung an die Kernstadt, der Erhalt der Lebensqualität sind Ziele sozialdemokratischer Politik", so Vaupel weiter. Neben vielen positiven Entwicklungen merkte der Oberbürgermeister auch an, dass im Bereich der Jugendarbeit konzeptionell noch weiter gedacht werden könne. "Jugendarbeit auf dem Dorf ist etwas anderes als in der Stadt", hier müsse man in Zukunft eine besondere Aufmerksamkeit hegen.

Projekte zeigen Beispiele und machen Engagement anschaulich

Drei Beispiele aktueller Gemeinwesenprojekte ergänzten die Ausführungen Vaupels. Horst Wiegand aus Ginseldorf stellte das Dorfladenprojekt vor. "Ohne dass ein Verein mit viel ehrenamtlicher Arbeit engagiert ist, wäre das nicht zu machen", so Wiegand. Der Dorfladen sei wichtig für die Menschen vor Ort, auch wenn er wirtschaftlich noch weiter entwickelt werden müsse.

Für Bauerbach wurde der Mehrgenerationenplatz vorgestellt, der sich mit der Zeit zu einem beliebten Treffpunkt entwickelt habe. "Ganz wichtig war, dass die Interessen und Bedürfnisse der Menschen einbezogen wurden, damit der Platz mit seinen Spiel und Begegnungsmöglichkeiten angenommen werde", so die Bauerbacher Genossin. Gerald Weidemann schließlich plädierte dafür, neue Begegnungsmöglichkeiten in der Alten Schule Bauerbach zu ermöglichen. "Wir haben jede Menge Ideen: PC-Kurse für Senioren, angeleitet von Jugendlichen, Bastelgruppe, Dorfarchiv sind nur einige", so Weidemann. Er plädierte auch dafür, bei der Dorfentwicklung und in der Gemeinwesenarbeit die Generationenschränken zu überwinden: "Die Angebote müssen Generationen übergreifend sein, dann sind sie langfristig erfolgreich. Das streben wir in Bauerbach an."

Über "Gemeinsam älter werden in Michelbach" sprach der Sozialexperte der Fraktion, Uli Severin, in Vertretung des Michelbacher Ortsvorstehers Peter Aab. Severin beschrieb verschiedene Szenarien des Alt-Werdens. "Und wir müssen uns klarmachen: Wenn die Kinder oder auch Enkel weit weg wohnen, wird es mit der Pflege der älteren Menschen schwierig. Nicht jeder hat sich entsprechend vorbereitet. Und wer 30 Jahre als Ehepaar allein gelebt hat, wird im Alter von 80 Jahren schwerlich noch in eine Alten-WG ziehen", führte Severin aus. "Solche Konzepte müssen früher ansetzen. Das wollen wir als SPD, doch wir müssen auch Angebote für Alleinstehende schaffen, die in kein soziales Umfeld eingebunden sind." Severin stellte auch erste Ergebnisse der Befragung aus Michelbach im Rahmen der

Geschäftsstelle:

Frankfurter Straße 47 – 35037 Marburg
Tel.: (06421) 169900 – mail@spd-marburg.de – www.spd-marburg.de



Altenplanung vor. Diese Befragung zusammen mit der des Stadtteils Marbach sind die Pilotprojekte, mit deren Erkenntnissen die übrigen Stadtteile angegangen werden. Unterstützt wurde er mit diesem kleinräumigen Befragungskonzept vom Capper Ortsvorsteher Heinz Wahlers: "Wenn ich den Fragebogen der CDU und MBL sehe, dann weiß ich: Der ist auf Cappel nicht anwendbar. Wir haben ganz andere Voraussetzungen und Infrastruktur, wir müssen ganz anders fragen."

Insgesamt zeigten die Ausführungen des Oberbürgermeisters und die Projekte, wie sehr die Marburger SPD die weitere Entwicklung der Außenstadtteile im Blick hat und wichtig nimmt. Die konkreten Ergebnisse, die sich erreichen lassen, zeugen von großem Engagement der Genossinnen und Genossen, die oft in die dörflichen Initiativen und Vereine eingebunden sind und dann über die Ortsbereiräte oder die Partei an der erfolgreichen Umsetzung arbeiten. Uli Severin brachte es auf den Punkt: "Wenn wir die Ideen und Anregungen von heute Abend mit in unsere Ortsvereine und Arbeitskreise nehmen, weiter diskutieren und in konkrete Maßnahmen umsetzen, haben wir heute schon viel erreicht."

Anträge: DSL, ÖPNV, Gemeinwesenarbeit, Betreuung und Resolution gegen A4

Die Anträge zum Schwerpunktthema des Parteitags forderten die rasche DSL-Versorgung aller Außenstadtteile und Verbesserungen im ÖPNV. Bestehende Standards müssten erhalten bleiben. Diskutiert wurde, ob und inwieweit Forderungen sinnvoll sind, die über den Status Quo hinausgehen. "Wir wissen doch: hohe Forderungen stellen, um Zwei-Drittel zu erreichen", so ein Delegierter. Nicht alles könne sofort und 1 : 1 umgesetzt werden, merkte auch der Vorsitzende der Marburger SPD, Steffen Rink an. "Doch wenn man sich nur am Status Quo orientiert und dem, was augenblicklich machbar erscheint, dann hätten wir bis heute noch keine Stelle für die Altenplanung. Man muss auch das formulieren, was als mittelfristiges Ziel erreicht werden soll."

Ein weiterer Antrag forderte die Stadt Marburg auf, die Alte Schule Bauerbach nicht zu verkaufen, sondern ein Nutzungskonzept für soziale und Generationen übergreifende Projekte abzuwarten. Der Ortsverein Wehrda schließlich brachte die Forderung ein, dass an allen Marburger Schulen nachschulische Betreuungsangebote bis in die 4. Klasse zur Verfügung stehen müssten. In Wehrda seien fünf Schüler abgewiesen worden, weil kein Personal vorhanden sei. Dies könne nicht angehen, befanden auch die SPD-Delegierten, und stimmten dem Antrag einstimmig zu.

Ruth Beusing vom SPD-Unterbezirk begründete dann eine Resolution, mit der sich die SPD gegen die Planungen zur "A4 Light" zwischen Olpe und Hattenbacher Dreieck ausspricht. Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Altenhilfe und Windkraftanlage Lahnberge

Schon im Eingangsstatement des Marburger SPD-Vorsitzenden Steffen Rink wurde deutlich, dass der Parteitag "nebenbei" noch zwei weitere Schwerpunkte bekam: Die Altenhilfe, die auch bei den Projektvorstellungen diskutiert wurde, und die Planungen um die Windkraftanlagen auf den Lahnbergen. Steffen Rink berichtete zunächst über die Arbeit des im April neu gewählten Vorstands und die Entwicklungen der letzten Monate in Marburg: "Seit April ist viel geschafft worden: Für den Neubau des Altenheims auf dem Richtsberg hat Kerstin Weinbach einen Kompromiss ausgehandelt, die Stadtbild-Diskussion ist versachlicht, der Ankauf des Volksbank-Gebäudes war ein richtiges Signal, und der Oberbürgermeister ist darin zu bestärken, für die Bebauung am Erlenring keine weiteren Zugeständnisse zu machen. Der Baustopp ist ein deutliches Signal: Es gibt Grenzen, Ausnahmen können nicht immer weiter ausgeweitet werden", sagte Rink unter dem Beifall der Delegierten. Doch der Vorsitzende verwies auf dunkle Wolken am politischen Horizont: "Der Umsetzung des St.-Jakob-Beschlusses muss jetzt vorangehen, und zwar so wie beschlossen wurde. Darauf hat die SPD, der in den vergangenen Monaten viel zugemutet wurde, Anspruch." Und zu den Windkraftanlagen sagte er: "Die Beschlusslage ist eindeutig: Bevor weiter geplant wird, wollen wir eine Visualisierung des Projekts. Außerdem muss das Projekt, wenn es kommt, alleine von den Stadtwerken betrieben werden. Im Moment jedoch wird der zweite Schritt vor dem ersten gemacht und über die Zeitung verbreitet." Das sei kein Votum gegen

die Windenergie. "Wir wollen regenerative Energien, aber mit Sinn und Verstand und an Standorten, die wirtschaftlich sinnvoll sind. Mit uns ist Symbolpolitik nicht drin." Egon Vaupel bestätigte diese Haltung in seinen Ausführungen, und auch in Delegiertenstimmen wurden die Skepsis und ablehnende Haltung gegen dieses konkrete Projekt deutlich. Horst Wiegand, Vorsitzender eines überparteilichen Arbeitskreises in Ginseldorf, fasste die Argumente gegen die Anlage am vorgesehenen Standort zusammen, die auch auf den Delegiertentischen auslagen. Auch Ralf Musket, Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises Umwelt und Energie, betonte: "Ohne Windenergie ist die Energiewende nicht zu machen. Doch die Auswahl der Standorte muss den Zielen entsprechen." In einem Initiativantrag des Ortsvereins Bauerbach wurde schließlich gefordert, dass für den gesamten Landkreis eine Studie der Windpotenziale und Umweltrisiken erstellt wird. Schon Vaupel verwies darauf, dass im Schwalm-Eder-Kreis mehr Windkraftanlagen installiert seien als in Marburg-Biedenkopf: "Auch ich will regenerative Energien. Aber dort, wo auch der Wind bläst. Da gibt es mit Sicherheit bessere Standorte als die Lahnberge."

